

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülften, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse
der
Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands.

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Ibastr. 15/17.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz in Hamburg).

Bereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzelle oder deren Raum 10 \mathcal{A} , Geschäfts-Anzeigen 15 \mathcal{A} , doch ist bei Einsendung von Letzteren der Betrag beizufügen. Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis. Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 \mathcal{A} . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Zur Lohnbewegung unter den Bäckern!

Wie in jedem Jahre mit Eintritt der besseren Jahreszeit, so regte es sich auch in diesem Sommer unter den Bäckern des In- und Auslandes. Ermuntert durch die Erfolge der amerikanischen Kollegen, welche durch ihre großartigen Demonstrationen das Sanitätsgesetz über die Bäckereien erzwangen, rafften sich die Kollegen in Budapest zusammen und errangen in einem 12tägigen Kampfe einen entscheidenden Sieg über ihre Arbeitgeber. Hierdurch wurde die Gährung, welche in verschiedenen Städten unter den Bäckern sich breit machte, noch mehr angefaßt, und in Salzburg und Madrid kam es zum Streik. In ersterer Stadt endete dieselbe mit einem theilweisen Erfolg der Arbeiter, obgleich es den Arbeitgebern gelungen war, ein gut Theil indifferente Arbeiter aus der Provinz heranzuholen und den kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen zu lassen. In letzter Stadt ist der Kampf noch nicht entschieden, wird aber voraussichtlich durch die Machination der dortigen Behörden, welche im Dienste des Ausbeuterthums auf jede Art und Weise die Streikenden zu schikaniren und zu unterdrücken suchen, für die Arbeiter verloren gehen. Die dortige Polizei verhaftete außerdem 70 Kollegen, damit die Streikenden, ihrer Führer beraubt, ohne jeden festen Zusammenhalt, sich der Willkür der Behörden und des Ausbeuterthums preisgeben müssen, um von Neuem wieder bei geringem Lohn und karger Kost in den Schmutz- und Pesthöhlen ihre Gesundheit zu opfern.

Wie auch in den vorgenannten Städten, war die Hauptforderung unserer Kollegen: Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber. Die Kollegen waren zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieses ein Hauptübel in unserem Gewerbe sei. Auch bei uns, im deutschen Deutschland, kommen die Kollegen allmählig zu dem Bewußtsein, daß alles Andere nichts nützt, wenn nicht die Hauptursache unserer miserablen Lage, dieses Kost- und Logisgeben des Arbeitgebers, beseitigt wird. So haben jetzt die Kollegen in Frankfurt a. M. ihre Forderungen an die Meister gestellt, und deren erste ist: Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Meister. Wie uns die vorliegenden Versammlungsberichte zeigen, liegt die Sache dort günstig für die Arbeiter. In ähnlicher Erkenntnis ihrer Klassenslage haben unsere Kollegen mit den Hausburschen gemeinsame Sache gemacht, denn diese haben zum größten Theile noch schlechtere Arbeitsverhältnisse wie die Bäckergehilfen. Sie liegen den ganzen Tag mit der Brotkarre auf der Straße, sind also bei ihrem geringen, unzureichenden Arbeitslohn noch gezwungen, manchen Groschen in den Wirthschaften zu verzehren, so daß sie am Monatschluß kaum so viel übrig haben, um ihre Kleider und Schuhe ausbessern zu lassen. Wird nun einer von ihnen arbeitslos, so ist er noch gezwungen, wenn er überhaupt wieder eine Stelle haben will, M. 10—15 den Stellenvermittlern der Blutsaugern, wie man sie nennen müßte, für eine deren Arbeit zu bezahlen. Es ist also gar kein Wunder, daß diese Leute, die nichts weiter besitzen als ihre Arbeitskraft, auch mal versuchen, gegen ihre Peiniger aufzutauchen. Daß die Arbeiterschaft dort unsere Kollegen in diesem Kampfe unterstützen wird, ist unsere feste Ueberzeugung. Wie die Dinge dort liegen, scheint zu einem Streik zu kommen, und wir möchten unsere Kollegen nur bitten, ja noch einmal zu überlegen, was ein Streik für Folgen nach sich ziehen kann, falls er verloren geht, wie er dann unsere Bewegung auf Jahre hinaus hemmen wird; denn trotz des guten Geistes, der dort herrscht, muß man sich doch sagen, daß ein Streik immer eine sehr zweischneidige Waffe ist und

daß man denselben als letztes Mittel erst in Anwendung bringen soll. Wir bitten unsere Frankfurter Kollegen, Alles noch einmal zu erwägen und womöglich erst den Boykott gegen die schlechtesten Werkstätten zu versuchen. Das ist ein Mittel, welches mit wenig Unkosten verknüpft ist und, wenn man die Unterstützung der Arbeiterschaft besitzt, auch sicher wirken muß.

Anderes liegen die Verhältnisse in Wilhelmshaven. Nachdem die dortigen Innungsprogen schon vor einigen Jahren mal versuchten, unserer dortigen Zahlstelle das Lebenslicht auszublafen, indem sie sich durch Unterschrift verpflichteten, keinen Verbandsgehilfen in Arbeit zu nehmen (was ihnen leider durch das sofortige Eingreifen des Gewerkschaftsstellens nicht gelang), versuchen die Herren heute dasselbe Manöver. Dem Vorstande der Zahlstelle war es aufgefallen, daß ganz im Geheimen die Verbandsmitglieder aus der Arbeit busirt wurden und kam man dem Gebahren dieser Herren entgegen, indem vom Verbands aus eine geringe Lohnaufbesserung und Beseitigung der schreiendsten Mißstände in den Bäckereien verlangt wurde. Darauf erklärt nun das propägoische Unternehmertum im dortigen Tageblatt: „Da in diesem Schreiben besonders hervorgehoben wird, daß die hiesigen Bäckergehilfen mit den Zuständen in hiesigen Bäckereien unzufrieden seien, wäre es nach unserer Ansicht doch sehr einfach, daß diejenigen Gesellen, für welche die hiesigen Verhältnisse wirklich so unerträglich sein sollten, ihren bisherigen Meistern kündigten und einen anderen Ort aussuchten, wo die Verhältnisse für sie günstiger wären.“ Eine solche, an Brutalität grenzende Antwort konnten auch bloß die dickbäuchigen Ordnungstugenden erteilen, welche in dem Anwinkeln der Regierung und ihres großen Heros in Friedrichsruh schon so Großes leisteten, aber für jede, auch für die gerechteste Forderung ihrer Arbeiter bloß Hohn und Spott kennen. Das Nachwerk der Rostocker Innungsprogen macht eben Schule und man versucht auf der ganzen Linie, sich die verdammten Sozi vom Halse zu schaffen.

Bringen aber Arbeiter ihre Groschen zu den Herren Bäckermeistern, womit sich diese ihre biden Bäuche mästen, so fragt man nicht, ob dieselben Sozialdemokraten sind oder nicht. Nun, wir glauben, die Arbeiterschaft Wilhelmshavens wird, wie schon einmal, auch jetzt die richtige Antwort auf diese frechen Abweisungen zu geben wissen und werden die übermüthigen Herren erst in ihrem Heiligsten, in ihrem Profit geschmälert, so werden sie kleinlaut, wie der Innungsmeister in Altona, welcher unter Thränen dem Verbandsvorstande versprach, Alles zu bewilligen, damit bloß seine Familie nicht zu hungern brauchte. Von Euch, Ihr Kollegen in Frankfurt und Wilhelmshaven, hoffen wir also, daß Ihr Eure Rechte zu wahren wißt, daß Ihr aber auch erst Alles versucht, um den Generalstreik zu vermeiden. Sollte das Letztere nicht mehr möglich sein, so ist es Pflicht der deutschen Bäcker, Euch thätkräftig zu unterstützen. Unsere nächste Aufgabe ist es, darüber zu wachen,

daß kein wandernder Kollege seinen Weg weder nach Frankfurt am Main, noch nach Wilhelmshaven nimmt. Thue ein Jeder seine Pflicht!

Die sächsische Fabrikinspektion und die Nahrungsmittelindustrie.

U. Die sächsischen Jahresberichte der Gewerbeinspektion haben von jeher das besondere Interesse der Sozialpolitiker auf sich gelenkt, was in Anbetracht des Umstandes, daß Sachsen das industriell entwickelteste Land im deutschen Reichsgebiet ist und schon seit 1874 die älteste deutsche Fabrikinspektion besitzt, nicht besonders verwundert. Daneben kommen noch besondere Verhältnisse als Folgewirkung der hochentwickelten Industrie in Betracht, so die bis vor wenigen Jahren verhältnißmäßig hohe Kinderausbeutung, die dem erweiterten Kinderschutz der Gewerbenovelle weichen mußte, die hohen Zahlen der Arbeiterinnenbeschäftigung, die vornehmlich von den Textil- und Bekleidungsindustrien konsumirt werden und die nirgends wie hier mit gleicher Schärfe hervortretenden Klagen zwischen den bürgerlichen Schichten und den Behörden einer- und der Arbeiterbevölkerung andererseits, die denn auch zum Theil die einseitig reaktionäre Stellungnahme der sächsischen Behörden und Gerichte erklären, sowie das rege Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft, das sowohl bei den politischen Erfolgen, als auch bei den wirtschaftlichen Kämpfen zum Ausdruck gelangt. Nicht zum Wenigsten beeinflusst dieses gespannte Verhältniß zwischen Behörden und der Arbeiterbevölkerung auch den Verkehr mit der Gewerbeinspektion. Während die Berichte der einzelnen Aufsichtsbeamten zumeist den Verkehr mit dem Unternehmertum als befriedigend schildern, blieb derselbe mit den Arbeitern in engen Schranken — nur im Bezirk Chemnitz war er ein regerer — und lag dies an der beobachteten Zurückhaltung beider Theile. Doch ist es immerhin bezeichnend, daß, während einzelne Arbeiterorganisationen Beschwerdekommmissionen gebildet haben, um diesen Verkehr zu vermitteln, von keinem der Beamten Mittel und Wege vorgeschlagen werden zur Förderung eines verständnisvolleren Vertrauens und Entgegenkommens, und so bleibt voraussichtlich das für den Sozialpolitiker keineswegs erfreuliche Mißtrauen auch weiterhin bestehen, obgleich gerade eine sachliche Theilnahme der Arbeiter der Durchführung der Gewerbeaufsicht nur förderlich sein könnte. Die seit mehreren Jahren eingeführte, am 1. Mai stattgefundenen Arbeiterzählung ergab eine Zunahme sämtlicher Betriebskategorien und der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen, dagegen eine geringe Abnahme der jugendlichen und eine wiederum bedeutende Verminderung der Kinderbeschäftigung. Wir geben die Ergebnisse für das gesammte Aufsichtsgebiet, sowie für die Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel- und für die bedeutendste Industrie Sachsens, die Textilindustrie, in nachfolgender Tabelle wieder:

Industrie	Anlagen				Arbeiter										
	mit Dampf	mit sonstiger Motorkraft	ohne Motoren	überhaupt	erwachsene			jugendliche				überhaupt	männlich	weiblich	
					männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	Knaben	Mädchen				zusammen
Nahrungs- u. Genussmittel	1159	2353	207	3719	15726	8458	24184	891	541	30	5	1467	25651	16647	9004
Textil-Industrie	1850	705	495	3050	66948	78155	145103	5081	8303	197	189	13370	158873	72226	86647
Sämmtl. Indstr. 1894	5971	5531	3766	15218	249571	123309	372880	17850	19278	686	316	31130	404010	268107	135903
„ „ 1893	5595	5462	3751	14808	240986	120212	361198	17960	13419	1261	588	33228	394426	260207	134219

Noch mehr tritt der Rückgang der Kinderziffer zu Tage, wenn wir die entsprechenden Zahlen für 1891 hinzusetzen. Damals wurden noch 6770 Knaben und 3898 Mädchen unter 14 Jahren beschäftigt; die Zahl der heute in Fabriken befindlichen Kinder ist also auf 10 pSt. der Knaben und 8 pSt. der Mädchen zurückgegangen, eine Wirkung des Verbots der Kinderfabrikarbeit, die am besten beweist, wie vieles Gutes eine von sozialpolitischer Einsicht geleitete Gesetzgebung kann. Hierbei ist jedoch nicht zu verkennen, daß für einen Theil des ehemals in Fabriken beschäftigten Kindercontingents das gesetzliche Verbot lediglich eine Verfrachtung zu Gunsten der Ausbeutung in kleineren Werkstätten und in der Hausindustrie bewirkt hat, was die Berichte namentlich hinsichtlich der Textilindustrie, der Metallwaaren- und der Möbelfabrikation konstatieren und durch verschiedene Beispiele belegen, und auch für die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel dürfte das Verbot von ähnlichem Einflusse, wenigstens in der Zigarrenfabrikation sein; indes steht doch für eine große Reihe von Branchen und Betrieben für welche eine hausindustrielle Abzweigung nicht in Betracht kommen kann, die segensreiche Wirkung der Beschränkung außer aller Frage, und wo diese Wirkungen thatsächlich durch die Begünstigung kleinerer Betriebe und der Hausindustrie paralysirt werden, da ist umsomehr die Erweiterung des gesetzlichen Verbots nach gedachter Seite hin in Rücksicht zu ziehen. Zudem besteht gerade für die Nahrungsmittelindustrie nicht einmal die Nothwendigkeit eines sofortigen legislativen Vorstoßes, da für diese mehr wie für jede andere die Möglichkeit des behördlichen Einschreitens nach § 120 e und d der G.-O. vorhanden ist, und eine planmäßige Agitation unter Aufdeckung der in Folge der mangelnden Gesetzgebung wuchernden Mißstände der Behörden doch schließlich zur Ausübung der ihnen übertragenen Befugnisse anregen muß.

Verschiedene Fälle, die die Berichte anführen, weisen darauf hin, wie wenig die gegenwärtige Interpretation der Behörden den klaren Sinn der Gesetzgebung zum Ausdruck bringen. Wenn die zuständigen Behörden Betriebe mit einigen vierzig Arbeitern, darunter Kinder und Jugendliche, wegen der Einfachheit ihrer Einrichtungen, ungeachtet der großen Arbeiterzahl als handwerkmäßige Betriebe ansehen, und dieselben derart der Kompetenz der §§ 135—139 a befreien, so bedarf diese Praxis der schärfsten Kritik und der Entgegenwirkung der Arbeiterschaft, um einer nachdrücklicheren Durchführung des Arbeiterschutzes Platz zu schaffen.

Als ein Mangel hat sich bisher auch der Umstand herausgestellt, daß der Abs. 3 des § 154 der Gewerbeordnung, der die Zuständigkeit der §§ 135—139 b der Gewerbeordnung auch für Werkstätten mit elementarem Kraftbetrieb ausdehnt, bisher noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Diesem Mangel ist es zu danken, daß in einzelnen Betrieben kleineren Umfangs, die sich hinsichtlich der Arbeiterzahl der klaren Entscheidung des Fabrikbegriffs entziehen, die schneuliche Ausbeutung der jugendlichen und kindlichen Arbeiter herrscht, und namentlich vielfach in Mühlenbetrieben längere als den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Arbeitszeiten beobachtet wurden, gegen welche die Fabrikinspektion nach Lage der Sache nichts zu thun vermochte. Es wird nachgerade hohe Zeit, daß die gedachte Erweiterung, deren Aufschub lediglich den betreffenden Betrieben eine kurze Anpassungsfrist gewähren sollte, nunmehr in Kraft tritt, und so zeigt sich, wo die öffentliche Kritik und die Agitation der Arbeiterorganisationen zunächst einzusetzen haben, wenn der gegenwärtig kritische Zustand wenig Aussichten auf parlamentarische Erfolge bietet. Mehrere in dieser Beziehung dürfte auch das Vorgehen des Annaberger Aufsichtsbeamten sein, daß in Anbetracht des Umstandes, daß die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter und Schulkinder in einer Anzahl von Hausgewerbebetrieben eine übermäßig lange ist und bei einer fortgesetzten derartigen Beschäftigung Nachtheile für die Gesundheit der jugendlichen Arbeiter zu befürchten stehen, die zuständigen Polizeibehörden zum Erlaß von Verfügungen im Sinne der §§ 120 c und d der Gewerbeordnung anregte, worauf die Behörde nach Abgabe eines zutimmenden Gutachtens des medizinischen Sachverständigen auf die Angelegenheit einging und demnach für Arbeiter unter 18 Jahren in den in Betracht kommenden Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit vorschreiben durfte.

Zur Nahrungs- und Genußmittelindustrie gehören außer den Bäckereibetrieben die Malmühlen, Holzlebens- und Zuderwaaren-, sowie Zuderfabriken, die Brennereien, Fleischer- und Würstwarenbetriebe, sowie die Tabakindustrie. Natürlich ermahnen wir die Gewerbeinspektion vergeblich eine eingehendere Berücksichtigung über die Vertretung der einzelnen Branchen jeder Industriebranche und so wird erst die statistisch begründete Gewerbezahlung darüber weiteren Aufschluß geben. Wo daher in den vorliegenden Berichten von der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Rede ist, haben wir es stets mit der Gesamtzahl aller zu

den obigen Branchen zählenden Betriebe zu thun, wobei wir indes diejenigen Einzelfälle, in denen es sich um Betriebe der Bäckerei und verwandten Branchen handelt, besonders hervorheben werden.

Revidirt wurden 74,7 pSt. der Betriebe und zwar dem Verhältniß nach die meisten im Würzener Bezirk (100 pSt.), die wenigsten im Dresdener Bezirk (44,7 pSt.), während der Zahl nach Chemnitz mit 2605 Anlagen obenan steht und Weissen mit 475 Anlagen den Schluß bildet. In den insgesamt revidirten 11404 Anlagen waren 344861 Arbeiter (85,4 pSt.) beschäftigt. In der Nahrungsmittelindustrie wurden 3481 Revisionen vorgenommen, darunter 6 in der Nacht und 10 an Sonn- und Festtagen, während 177 Anlagen zweimal und 33 Anlagen drei- und mehrmals revidirt wurden. Daneben wurden von den Ortspolizeibehörden 8958 Revisionen, auch in kleineren Betrieben, vorgenommen, während die Zahl der von der Gewerbeinspektion vorgenommenen Revisionen sich auf 15110 belief. Dazu kommt die Thätigkeit der letzteren in Sachen der Kesselrevision, die im Berichtsjahre 11178 Untersuchungen erforderte und somit allein $\frac{2}{3}$ der Revisionsthätigkeit in Anspruch nahm. Dieses belastende Verhältniß demonstriert jedem einsichtigen Kenner der Sozialpolitik von Neuem die Dringlichkeit unserer längst bekannten Forderung, die Gewerbeinspektion von diesem technischen Handlangerdienste zu trennen, deren Durchführung in Sachen wesentlich der Umstand erleichtert, daß hier bereits drei von der Regierung konzeßionirte Revisionsvereine bestehen, denen ohne Weiteres die gesamte Kesselrevision übertragen werden könnte. Sollte aber die sächsische Regierung Bedenken tragen, die Kesselrevision von der Gewerbeaufsicht zu lösen, aus Rücksicht auf die von letzterer ausgeübten Unfallüberwachung und Gefahrenverhütung, so möge sie zum Wenigsten für die erstere ein eigens geschultes Hülfspersonal der Gewerbeinspektion unterstellen und sodann die Aufgaben der Fabrikinspektion auf dem sozialhygienischen und statistischen Gebiete bei der Auswahl ihrer Beamten besser als vorher berücksichtigen, d. h. für die eigentlichen Hauptaufgaben Staatswissenschaftler und Aerzte anstellen.

Die Forderungen der Arbeiterschaft decken sich hierin vollständig mit denen aller ernstlichen Sozialpolitiker; — der gegenwärtige Zustand gereicht wahrlich keinem der Einzelstaaten zur Ehre. Zur Anmeldung kamen im Berichtsjahre 12655 Unfälle, wovon 102 einen tödtlichen Ausgang nahmen. Dazu sind zu rechnen 4312 Unfälle im Zuständigkeitsgebiete der Berginspektion, davon 33 tödtlich. Im Allgemeinen ist eine Zunahme der Unfälle zu konstatiren, über deren Höhe indes genaue Zahlen fehlen. Auch bezüglich der Statistik der auf die einzelnen Industrien entfallenden Unfälle ist ein genaues Zahlenmaterial kaum zu erbringen, da nur wenige der Beamten sich der Mühe unterzogen haben, genaue Aufstellungen zu geben. Ein großer Theil von Unfällen kommt in den Malmühlen und Brauereien, beim Fahrstuhlbetrieb und bei Walzenstühlen vor insolge mangelhafter Feststell- und Ausrückvorrichtungen; vielfach dient der Fahrstuhl in solchen Anlagen dem gesammten Verkehr und mußte dessen Benutzung für Personenbeförderung gänzlich ausgeschlossen werden. Auch sind in solchen Fällen die Verbindungstreppen entweder mangelhaft oder fehlen gänzlich; in anderen Fällen traten Verunglückungen insolge Explosionen oder Zerplatzungen von Kesseln, Stahlflaschen, Montejus, Fässern u. ein, die mehrfach für die theilhaftigen Arbeiter tödtlich verliefen. Insgesamt wurden bei den Unfallsrevisionen 12617 Mängel gerügt, auf deren Abheilung im Interesse der Unfallverhütung hingewirkt wurde; davon bezogen sich 1455 auf Fahrstühle, Aufzugsvorrichtungen u. Auf die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel kommt der größte Theil mit 3546 (846 auf Fahrstühle), während auf die die sechsfache Arbeiterzahl beschäftigende Textilindustrie nur 3084 Mängel entfallen. Dieses Resultat beweist, wie wenig gerade in der erstgenannten Industrie ein Menschenleben gilt, und nicht zum Wenigsten wirkt

auch die oft genug unmenschlich lange Arbeitszeit, vornehmlich in Bäckereibetrieben, Mühlen und Brauereien, mit, um die Zahl der Unfälle zu steigern. Daß gerade die mit der Herstellung der menschlichen Nahrungsmittel beschäftigten Industrien die erbärmlichsten Arbeitsverhältnisse und die menschenmörderischsten Einrichtungen aufweisen, ist ein Hohn auf die so hochgepriesene Zivilisation.

Von beinahe größerer Bedeutung als die Unfallgefahren aber sind die Gesundheitsgefahren, denen sowohl direkt die Arbeiter, als indirekt durch Uebertragung auch das Publikum ausgesetzt sind. Hierbei kommt sowohl die Beschaffenheit der Arbeitsräume, die Reinlichkeit der Einrichtungen, Materialien und Arbeitsverrichtungen, als auch die Gesundheit der Arbeiter und, mit dieser im Zusammenhang, die Arbeitszeit, Wohnung und Ernährung der Arbeiter in Betracht, und wieviel mehr seitens der Gewerbeinspektion gerade auf diesem Gebiete überwacht, gerügt und gefördert werden sollte, läßt sich aus der besonderen Beaufsichtigung der zur Anfertigung von Zigarren u. bestimmten Anlagen erkennen, für welche der Bundesrath nicht allein Größe, Höhe und Luftstrom minimal bestimmt, sondern auch bezw. der Beschäftigung der erwachsenen Arbeiter einen Maximalarbeitszeit vorgeschrieben hat. Was für die Tabakindustrie gilt, die doch nur für die erwachsene männliche Bevölkerung produziert, sollte in höherem Maße auch für die Nahrungsmittelgewerbe gelten, die wahrlich oft genug nicht wenige, jeder Hygiene Hohn sprechende Mißstände aufzuweisen haben. Nur in wenigen Fällen wird berichtet, daß die Inspektionsbeamten in die Küchen- und Schlafräume derjenigen Unternehmer, die ihren Arbeitern zugleich Kost und Logis gewähren, eingebrungen sind, und doch steht der Gewerbeaufsicht diese Ueberwachung auch bezw. der in §§ 120 a—e gegebenen Vorschriften für alle Werkstätten und Betriebe ohne Ausnahme, nicht also nur für Fabriken zu. So lange allerdings der größte Theil dieser Kontrollen den Polizeibehörden überlassen bleibt, entzieht sich die hier bewirkte Thätigkeit jeder öffentlichen Nachprüfung, und es ist kein Wunder, wenn trotz der Kritik der Arbeiterpresse und Arbeiterversammlungen Alles beim Alten bleibt.

Es ist darum von höchster Wichtigkeit, die Bewegung für den Maximalarbeitszeit im Bäckereigewerbe nicht erlahmen zu lassen und namentlich hinsichtlich der gewerblichen Hygiene das gleiche Maß behördlicher Regelung und Aufsicht, wie bei der Zigarrenfabrikation zu fordern. Die Macht der Thatsachen, durch die Agitation in die Öffentlichkeit getragen, dürfte auch den Geheimräthen und selbst dem Reichskanzler die Ueberzeugung aufdrängen, daß den gefährlichen Zuständen im Wege der Gesetzgebung ein Ende gemacht werden müsse. Diese Agitation erfordert umsomehr die höchste Kraftentfaltung, da die Reaktion zur Zeit kühner wie je ihr Haupt erhebt, um das Bischen Arbeiterschutz auf der sozialpolitischen Aera rückwärts zu revidiren und die Regierung ihr in diesem edlen Bestreben nur zu sehr Vorstübchen leistet. Dies offenbart sich am Meisten in der bisherigen Durchführung des Arbeiterinnen-schutzes, über dessen Wirkungen ja durch das Reichsamtes Innern eine allgemeine Umfrage angeregt wurde, um die Klagen des Unternehmertums, namentlich der Handelskammern, über angebliche Unzuträglichkeiten zu prüfen und etwaige Aenderungen der Ausführungsbestimmungen in Erwägung zu bringen. Wie wenig von einem durchgreifenden Arbeiterinnenschutz in Sachen die Rede sein kann, beweist eine kurze Uebersicht über die seitens der Behörden dem Unternehmertum bewilligten Ueberstunden zur Beschäftigung von Arbeiterinnen, die wir in der nachfolgenden Tabelle für die gesammten Industrien, sowie für die meist theilhaftigen Industrien besonders wiedergeben. Diese Bewilligungen beziehen sich nur auf die Vorschriften des § 138 a der G.-O., während für die auf Grund des § 139 ertheilten Bewilligungen in den Berichten keine Zusammenstellung vorhanden ist.

Industrie	Bewilligungen für Wochentage, außer Sonnab., § 138 a. 1—4.								Bewilligungen für Sonnabende, § 138 a. 5.						
	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiterinnen für Ueberstunden	Summe der Ueberstunden	Zahl der Bewilligungen		Zahl der Bewilligten	Zahl der Ueberstunden auf jeden Betrieb		Zahl der Bewilligungen für Ueberstunden bis			Zahl der Arbeiterinnen für Ueberstunden			
				höherer	unterer		1—4	5—12	mehr als 12	1 St.	2 St.		3 St.		
Textil-Industrie	649	55224	971005	127	1827	42	1494	17,5	14	10	50	26	101	23	2836
Nahrungs- und Genußmittel	29	2607	137863	19	20	2	4754	52,8	—	—	—	—	—	—	—
Bekleidung u. Reinigung	63	7291	117616	7	148	2	1867	16,1	2	1	8	4	6	5	17
Sämmtliche Industrien 1894	901	76544	1388644	178	2315	47	1541	18,1	20	12	68	34	12	41	3192

Leider verschweigt die Statistik die Summe der für Sonnabende nach § 138 a, 4 bewilligten Ueberstunden, die wir indes nach den übrigen Zahlen auf 70—100000 schätzen können, jedoch sich die Zahl der nach § 138 a bewilligten Ueberstunden allein auf zirka 1 1/2 Millionen beläuft, ungeachtet der nach § 139 gestatteten, sowie der sonntäglichen Ausnahmen und ungerichtet der ungesetzlich durch die Behörden zugelassenen oder eigenmächtig durch die Unternehmer selbst gestatteten Ausnahmen. Bei den Bewilligungen für die Wochenabende tritt die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel an die zweite Stelle, während

hinsichtlich der auf jeden Betrieb und auf jede Arbeiterin entfallenden Ueberstunden an erster Stelle rangirt. Dabei sind es lediglich Großbetriebe, wie die Durchschnittsziffer der Arbeiterinnenzahl, die solcher Weise beschäftigt wurde (90), beweist. Vornehmlich wurde Ueberarbeit seitens der Chokoladen- und Zuckermwarenfabriken, der Wisquitfabriken und der Pfefferkuchenbäckereien beansprucht; die Chokoladen- und Zuckermwarenfabriken im Leipziger Bezirke suchten in einer Gesamtmitgabe gar für 40 Tage vor dem Weihnachtsfeste darum nach, das gesammte erwachsene, weibliche Personal täglich 2 Stunden länger beschäftigen zu können, was ihnen auch gestattet wurde. Eine Wisquitfabrik erhielt Erlaubniß zur Ueberarbeit für 48 Tage, und zwar für täglich 12 1/2—13 stündige Beschäftigung, wobei der Bericht bemerkt, daß die betr. Fabrik in der Zeit vom 23. Dezember bis 7. Januar den Betrieb regelmäßig ganz einstellt. So werden die Wohlthaten des Arbeiterschutzes illusorisch gemacht. Wie lag die Vorschriften des Arbeiterschutzes übrigens gehandhabt werden, ist daraus zu ersehen, daß, obwohl in 483 Betrieben 894 Uebertretungen der gesetzlichen Vorschriften ermittelt wurden, trotzdem nur 63 Personen bestraft worden sind; dabei waren 484 Fälle schwereren Grades als offenbare Rechtsverletzungen, die schon im Interesse der Durchführung der Schutzbestimmungen hätten geahndet werden müssen. Weiter wurden 2236 Uebertretungen der Schutzvorschriften betr. jugendlicher Arbeiter in 1229 Anlagen ermittelt, jedoch nur 151 Personen bestraft. Da könnte es allerdings kaum verwundern, wenn das Unternehmertum in seiner Masse mit der Durchführung des Arbeiterschutzes höchlichst zufrieden wäre, und wo die Umfrage hinsichtlich der Wirkungen des § 137 der G.-D. dieses Resultat ergab, ist es wohl zu beachten, daß von einem wirklichen Arbeiterschutze weder die Unternehmer, noch die Arbeiterinnen etwas gespürt haben können. Indeß verleugnet das Unternehmertum auch hierbei nicht seine sprichwörtliche Rücksichtslosigkeit, der auch die geringste gesetzliche Beschränkung ein Greuel ist.

Besonders der Beamte für Dresden hat es sich angelegen sein lassen, durch direkte Fragebogenerhebung die Meinungen der Unternehmer selbst an die Öffentlichkeit zu bringen, und er hat insofern Erfolg gehabt, als sein Bericht über die Enquete von Protesten gegen die gesetzlichen Beschränkungen strotzt, und nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeiterinnen gegen dieselben Stellung nehmen. So hätten sich u. A. auch die Arbeiterinnen aus einer Chokoladenfabrik gegen jede gesetzliche Beschränkung, und die einer Waffelfabrik gegen die einstündige Mittagspause erklärt; doch hat der Beamte diese Erklärungen keineswegs ebenfalls durch Fragebogen erhoben, sondern die Arbeiterinnen bei den Fabrikrevisionen befragt, wahrscheinlich in Gegenwart ihrer Chefs oder der Betriebsbeamten. Da kann uns freilich ein solches Ergebnis wenig wundern. Doch gewinnt es keinesfalls den Anschein objektiver Ermittlung, wenn der Beamte in gebührender Breite diese Ablehnungsbescheide wiedergibt, ohne auch nur einen einzigen Fall gegentheilig, also den Beschränkungen sympathischer Meinung, deren doch in einem Bezirke mit 14 643 erwachsenen Arbeiterinnen sicher vorgekommen sind, anzuführen. Im Uebrigen ist hervorzuheben, daß in diesem Bezirke nur zwei Arbeiterinnen einer Chokoladenfabrik den Antrag auf Verlängerung der Mittagspause nach § 137 Abs. 3 gestellt haben, und daß der größte Theil der Arbeiterinnen die Stellung des Antrags aus Furcht vor Entlassung oder aus Besorgniß vor Nachtheilen unterlassen haben. Ja, einzelne Unternehmer machen nicht das geringste Hehl daraus, daß sie sich der betreffenden Arbeiterinnen sofort entledigen oder nur solche einstellen würden, die von vornherein auf die Stellung des erwähnten Antrags verzichten.

Hieraus ist zu ersehen, wie wenig der Arbeiterschutze ein bloßes gesetzliches Recht nützt, wenn zu seiner Inanspruchnahme die einflussreichen Organisationen fehlen, und daß alle Bemühungen darauf zu richten sind, klare, gesetzliche Verpflichtungen zu schaffen und für ihre energische Durchführung einzutreten.

Die Wohlfahrtseinrichtungen nehmen selbstredend auch diesmal einen stattlichen Raum der Berichte ein und es dürfen hierbei die vollen Namen der sich auf diese Weise auszeichnenden Arbeitgeber nicht fehlen, während wir bei der Schilderung der diversen Gesetzesübertretungen und der Ausnahmewilligungen uns vergebens nach den Namen „Derjenigen, welche —“ umsehen. Wir haben gewiß die geringste Veranlassung, in gleicher Weise für das Lob der nicht immer einwandfreien Wohlfahrtseinrichtungen Reklame zu blasen. Die beste Kritik ist hier die von den meisten Inspektoren berichtete Zurückhaltung der Arbeiterschaft von solchen Einrichtungen, besonders von Arbeiterwohnungen und Fabrikküchen, und bestätigt uns nur den gefundenen Sinn der Arbeiter, die diesem plumpen Schwindel aus dem Wege gehen.

Mögen endlich die Bestrebungen der Bäckereiarbeiter auch den dahin gehenden Erfolg haben, daß das Bäckerei-

gewerbe in seiner ganzen Ausdehnung hinsichtlich der Hygiene der besonderen Aufsicht der Gewerbeinspektion unterstellt werde, dann wird Vieles besser werden!

Auf Agitationsreise.

Notto:

Ob auch der Sieg vor Sternennacht
Dem Feinde schon gehdret,
Es rechnet die Gefahren nicht
Ein Herz, was sich empdret.

Wie verschiedenartig sind doch die Gefühle und Gedanken, die sich an das Wort Agitation knüpfen. Die Unternehmerrasse, repräsentirt durch einen Stumm, Müller usw., sieht in dem Agitator den Ausbund aller Schlechtigkeit; sie meint, in ihm einen Menschen gefunden zu haben, der mindestens gehängt oder nach Sibirien verbannt werden müßte. Sollen doch wir Agitatoren, wir „Geher“, wie man uns am liebsten von Seiten der besitzenden Klassen bezeichnet, die Schuld daran tragen, daß die heutigen Zustände fast unerträglich geworden sind. Ja und ferner sollen wir schuld sein, daß die sogenannte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit oder, wie man es bei uns immer bezeichnet, das gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen immermehr in die Brüche geht und daß sich das „Arbeiterpad“ nicht mehr Alles gefallen lassen will. Daher auch bei diesen Leuten die Sehnsucht nach Knebelgesetzen für das arbeitende Volk. Ja und welche Gefühle ruft das Wort „Agitation“ bei uns Agitatoren selbst hervor? Dieselben sind so mannigfacher Art, daß es schwer ist, sie zu schildern. Mit einer gewissen Zuversicht auf Erfolg gehen wir ja bei unserem Vorhaben an's Werk, denn wir sind von der Gerechtigkeit unserer Sache so fest und tief überzeugt, daß ein Zweifel an dem endlichen Siege in uns überhaupt nicht Platz greift. Aber fragen wir uns: Wirst Du wohl auch im Stande sein, wo Du jetzt hingehst, die Kollegen von Deinen Ansichten zur Ueberzeugung zu bringen, daß auch sie nothwendig haben, in die Reihen unserer um bessere Existenzbedingungen kämpfenden Kollegen einzutreten. Diese Frage mögen die Leser sich aus meinem Bericht über meine Agitationsreise selbst beantworten. Ich begann meine Tour am 30. Juli mit einer Versammlung in Altdorf, hier, wo im Jahre 1891 für unsere Bewegung so wichtige Forderungen von unseren damaligen Vertretern aufgestellt wurden. Leider wurde dieselbe aber durch ein von einem Vergnügungsverein arrangirtes Vergnügen vereitelt; ich wollte nun, um wenigstens mit den Kollegen in Verbindung zu kommen, an dem Vergnügen theilnehmen, doch verweigerte mir der Vorstand des Vereins den Zutritt. Nun, er hatte vielleicht das Böse gewollt, aber für uns das Gute geschaffen, denn nicht alle Kollegen billigten seine Handlungsweise und eins unserer früheren Verbandsmitglieder wird unsere Sache hier in die Hand nehmen und bei Gelegenheit werde ich wieder vorprechen, wo es uns gelingen dürfte, auch hier wieder Fuß zu fassen.

Ich fuhr nun nach Halle, und war die Versammlung sehr stark besucht. Der Erfolg war zwar nicht der gewünschte, da sich nur eine geringe Zahl aufnehmen ließ; doch gelang es mir, hier einem vollständig unabhängigen Kollegen, dessen Meister selbst für den Anschluß an unsere Organisation pläbirt, die weitere Leitung zu übergeben, und dessen Mühen dürfte es gelingen, weitere Mitkämpfer für unsere Sache zu werben, so daß auch hier endlich einmal die Hoffnung vorhanden ist, Boden gefaßt zu haben. Auch hier zeigte sich, wie indifferent die Kollegen hier noch sind. Einer vom Anhängel der Innung versuchte sogar, mich zu widerlegen, doch machte er damit glänzend Fiasko, da er von mir sowie von unserem Genossen Mittag gebührend abgeföhrt wurde. Aus der Versammlung selbst wurde festgestellt, daß hier noch die erbärmlichsten Zustände in sanitärer wie in anderer Hinsicht existiren.

Da die gewünschte Antwort von Magdeburg nicht eintraf, wandte ich mich nun nach Nordhausen. Um einem Wunsche der hiesigen Genossen nachzukommen, sprach ich am Sonnabend Abend in einer Versammlung über das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Feinde.“ Da es auch hier nicht möglich war, eine öffentliche Versammlung unserer Kollegen zu Stande zu bringen, hatte man dieselben am Sonntag Nachmittag zu einer Besprechung eingeladen und war, sage und schreibe, ein Einziger erschienen, der sich unserem Verbände anschloß, und mir das Versprechen gab, dafür Sorge tragen zu wollen, daß vielleicht auch hier endlich einmal ein Anhang gewonnen wird, und das Kartell versprach mir, uns dabei hilfreich an die Hand zu gehen.

Am Montag nun war ich in Apolda, und hier konnte ich die freudige Entdeckung machen, daß die hiesige Arbeiterschaft den größten Antheil nimmt an den mißlichen Zuständen unseres Berufs, die Versammlung war ziemlich gut besucht, auch die Mitglieder des Verbandes deutscher Konditoren am Orte waren anwesend, und einige unserer Kollegen gehören demselben ebenfalls an; auch hier ist ein Anfang für uns gemacht und noch im Lauf dieser Woche wird man hier noch einmal unsere Kollegen zu einer Besprechung in's Kartell einladen, so daß, den Bemühungen des Kartells zufolge, auch hier in Kürze eine Mitgliedschaft entstehen dürfte. Der weitere Reiseplan ist nun Coburg, Gotha, Erfurt, Weisensfeld, Weimar. Dann über Gera nach Sachsen und dann nach dem Süden; nun, wir wollen hoffen, daß die Erfolge dort größere sein mögen als bis jetzt.

Unter brüderlichem Gruß

Apolda, am 6. August 1895. Wilhelm Kahl.

Auf Agitation.

Von den Kieler Kollegen war ich als Referent über die Frage: „Inwiefern hat das konsumirende Publikum ein Interesse daran, zu wissen, wie es in den Bäckereien aussieht?“ zu einer öffentlichen Versammlung am 17. Juli bestellt, welche bis auf den letzten Platz voll besetzt war. Nach eingehender Behandlung dieser Frage wurden von den erschienenen Delegirten des Gewerkschaftskartells, sowie den Kollegen Herup und Heeren die Bäder aufgefordert, sich über die Zustände in den Kieler Bäckereien zu äußern, welches leider nicht befolgt wurde, so daß ich zu der Stellung verschiedener Fragen an die Versammlung schreiben mußte, und die Beantwortung zeigte, daß auch in Kiel traurige Zustände in den Bäckereien herrschen. Nachdem Kollege Herup und die Vertreter des Kartells den Zweck der Organisation klargelegt, wurde von einem Kollegen, welcher früher Mitglied des Verbandes war, der Vorstand der Mitgliedschaft als Sündenbock hingestellt, welcher Schuld habe, daß die Zahlstelle nicht schneller vorwärts komme, und mußte ich dem Kollegen erst klar machen, daß nicht die Personenfrage Jemand von der

Organisation abhalten dürfe, sondern der Zweck derselben sei die Hauptsache, und wurden die Unterstellungen des Kartells auch von dem Vorstand der Mitgliedschaft in ein Nichts zerstückelt. Sodann wurde der Antrag, eine Statistik über die dortigen Verhältnisse in den Bäckereien zu erheben, angenommen und mit der Ausführung derselben vier Kollegen und ein Vertreter des Kartells betraut. Im Allgemeinen herrschte ein sehr guter Geist unter den Versammelten. Am anderen Tage war Versammlung der Bäderbrüder in Neumünster, und hatte es das Kartell daselbst, welches noch keine Nähe geföhrt hat, unsere Kollegen zur Organisation heranzuziehen, möglich gemacht, daß ich hierzu zugelassen wurde. Nachdem ich die Bedenken des Mitglieds, daß ich sie mit Politik unterhalten würde und dann die Polizei dazwischen käme, zerstreut hatte, gelang es mir nach Stundenlanger Besprechung unserer traurigen Verhältnisse wenigstens einen Erfolg zu erringen, indem so nach und nach wohl alle anwesenden Kollegen auf die „Bäderzeitung“ abonnrirten. Da sich auch ein Kollege sofort bereit erklärte, die Verbreitung der Zeitung zu übernehmen, glaube ich, daß es den einflußvollsten älteren Kollegen dort auch bald gelingen wird, in Neumünster eine Zahlstelle zu gründen. Der Boden hierzu ist erst einmal gelodert, und nach meiner genauen Information hat dort kein Meister etwas gegen die Organisation der Gesellen, weil sie zum größten Theile von der Arbeiterschaft abhängig sind. Oskar Almann.

Bersammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Lübeck. Am Sonntag, den 4. August, fand die 24. Monatsversammlung statt. Zur Tagesordnung stand: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Bericht vom Kartell. 3. Sommervergütung. 4. Antrag vom Hauptvorstand betreffs der Verschmelzung des Fachblattes mit denen der Bäcker und Konditoren. 5. Verschiedenes. Nachdem zwei Kollegen ausgenommen waren und einige Auswärtige ihre Beiträge entrichtet hatten, ging man zu Punkt 2 über. Genosse Göltsch berichtete als Delegirter vom Kartell, daß von den Bäckern zwei Hoffcomitemitglieder zum Gewerkschaftsausflug, welcher am 11. d. R. stattfinden soll, zu wählen seien. Hierzu wurden die Kollegen Mertshorn, Neubauer und Böh gewählt. Außerdem beschloß die Versammlung, dem Hauptcomité anzugeben, daß die alten Fahnen nicht zum Auszug zugelassen würden. Darauf ging man zu Punkt 3 über. Es wurde vom Genossen Göltsch hierzu betont, daß kein Bedürfnis vorhanden sei, da wir außerdem Vergütungen genug hätten; es wurde auch die Ausführung erwöhnt. Auf diese Begründung hin wurde der Punkt abgelehnt. Zu Punkt 4 entspann sich eine längere Unterredung, welche meistens gegen diesen Antrag war, und dann hob Genosse Jodeith hervor, daß vor kaum Jahresfrist die Bäcker gegen diesen Antrag waren; außerdem sei das Resultat der letzten Abrechnung von der Zeitung den Umständen nach sehr gut gewesen. Vom Genossen Neubauer wird ein Antrag eingebracht und auch angenommen, welcher dahin lautet: Bei dem Hauptvorstand anzufordern, welche Gründe für diese Verschmelzung seien, und ob das Fachblatt dadurch vergrößert würde und auch öfterer erscheine. Darauf ging man zu Punkt 5 über. Hierzu wurde vom Genossen Göltsch aufmerksam gemacht, daß am 18. d. R. in der „Himmelsleiter“ eine öffentliche Konditorversammlung stattfinden, auf Anregung der Hamburger Konditoren. Genosse Göltsch sei beauftragt, die Bäder zu dieser Versammlung mit einzuladen. Außerdem sei am 27. d. R. eine öffentliche Bäderversammlung angelegt, zu welcher Kollege Kretschmer aus Hamburg als Referent anwesend sein werde. Jedoch sei von ihm die Zulage noch nicht fest erfolgt. Darauf erhob Genosse Jodeith eine längere Beschwerde gegen den Geschäftsführer, sowie einige Kollegen der Lübecker Genossenschaftsbäckerei und stellte den Antrag, dies in der nächsten Kartellversammlung vom Delegirten zur Sprache zu bringen. Es wurde aber von den Genossenschaftsarbeitern selbst heftig dagegen protestirt, daß zur Zeit nichts zu tabeln sei, ebenfalls sei es nicht gut, alle Kamellen, die sich früher zugetragen, wieder aufzurühren. Außerdem kam zur Sprache, daß die Bäder der Lübecker Dampf-Bäckerei geköhrt hätten, sie wollten sich sämmtlich aus dem Verbände freiziehen lassen, wegen der Mißstände in der Genossenschaftsbäckerei, es sei dieses aber sehr getadelt und hervorgehoben, es sei richtig, nach der Versammlung zu kommen und sich dort auszusprechen. Sodann kam die Fahnenangelegenheit zur Sprache und wurde beschlossen, in nächster Zeit über die Anschaffung einer neuen Fahne zu berathen.

Rosenheim (Südbayern). Am Sonntag, den 28. Juli, fand eine öffentliche Bädergehülfsversammlung statt, welche von der südbayerischen Agitationskommission der Bäckereiarbeiter einberufen war. Der Vertrauensmann der Münchener Bädergehülfs, Ignaz Glaswinler, referirte über: „Die Lage der Bädergehülfs und die Organisationsfrage.“ Außer den anwesenden Bädergehülfs Rosenheims waren noch mehrere Müller aus genannter Stadt, sowie mehrere Bäder aus München anwesend. Ein Resolution, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, besagt noch, daß die Bäder gemeinsam mit den Müllern vorläufig eine Organisation in's Leben rufen. Die Kassenverhältnisse beider Branchen sollen getrennt geführt werden. Demnach soll eine große öffentliche Bäder- und Müllerversammlung stattfinden, welche von den Agitationskommissionen der Bäder und Müller einberufen wird.

Gewerkschaftliches.

Zum Madrider Bäderstreik wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Der Streik der im Bäckereigewerbe beschäftigten Arbeiter dauert fort, zum großen Schaden der Madrider Bäckerschaft und zur Freude der latten Bäckermeister, die die Gelegenheit benutzen, um minderwertiges Brot zu hohen Preisen an den Mann zu bringen. Was für Ehrenmänner diese Herren Meister sind, erhellt aus Folgendem: Sie haben wiederholt, und sogar eiblich, behauptet, daß ihnen der Unterhalt eines jeden Arbeiters täglich 7 Reales koste, obwohl sie genau wissen, daß die Ernährung des Arbeiters ihnen täglich nur eine Ausgabe von kaum 4 Reales verursacht. Aber es ist nicht das allein: die im Bäckereigewerbe beschäftigten Arbeiter wohnen schlechter als das Vieh. Die kurze Zeit, die ihnen zum Schlafen übrig bleibt, müssen sie auf Backsteinen und Brettern zubringen, denn in keiner Bäckerei giebt es ordentliche Schlafräume, und die gesundheitlichen Verhältnisse in den Backstuben sind geradezu himmelschreiend. Aus diesen und vielen anderen Gründen wünschen die Arbeiter, daß die Herren Meister die 7 Reales,

die sie nach eigener Aussage für ihre (der Arbeiter) Ernährung ausreichen, ihnen in barem Gelde auszahlen; aber sie würden sich selbst mit 6 oder 8 Reales und einem Quantum Brot begnügen, wenn ihnen dieses durch die Behörden schriftlich garantiert würde, denn den wortschreienden Meistern trauen sie nicht mehr über den Weg. Wie schlaue die Meister sind, ist daraus ersichtlich, daß sie den während des Streiks eingestellten Hilfsarbeitern eine bedeutend bessere Behandlung zu Theil werden lassen; sie geben ihnen außer dem ordentlichen Lohne Lohn zum Essen und viel Wein, um den Behörden Geld in die Augen zu streuen und ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß kein Mensch auf Erden ein herrlicheres Leben führt, als das eines Leugneters oder ein Bäckerlehrling in Madrid. Die Behörden ein Teilnehmer oder ein Bäckerlehrling in Madrid. Die Behörden ein Teilnehmer oder ein Bäckerlehrling in Madrid. Die Behörden ein Teilnehmer oder ein Bäckerlehrling in Madrid.

Gingehant.

Berlin, den 4. August.

Allen Anschein nach beginnt auch in der Berliner Bewegung neues Leben zu blühen, und ist die Zeit — wenn ich mich nicht täusche — vorüber, wo man sich mit Kleinlichen Nebenbängen stundenlang beschäftigte in den Versammlungen, und unsere eigentliche Sache erst in zweiter Linie behandelte. Man versucht jetzt wenigstens, etwas Thatsächliches zu leisten, und der erste gute Besuch der letzten öffentlichen Versammlungen scheint mir den Beweis zu liefern, daß die Berliner Kollegen wieder Vertrauen gewinnen zur Sache. Wesentlich mit beigetragen dürfte hierzu die in Kraft getretene Sonntagsruhe haben, begünstigen die Aussicht oder die Hoffnung, daß uns doch noch der Normalarbeitstag auf den Tisch gelegt wird von der Regierung.

Der Vorstand der Berliner Mitgliedschaft ging nun von der Erwägung aus, daß jetzt auf Mittel und Wege gesonnen werden müsse, die Masse der Kollegen in die Organisation hineinzuziehen, um unsere Mitgliedschaft auf den Höhepunkt der Zeit zu bringen. Es wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem unsere Ziele klargelegt werden, und welches gleichzeitig zum regen Besuch der Bezirksversammlungen auffordert. Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:

Kollegen! Arbeitsbrüder!

Im Folgenden erlauben wir uns in kurzen Worten unsere Ziele klarzulegen; möge ein Jeder, dem dieses Blatt zu Händen kommt, ohne jedes Vorurtheil den Inhalt prüfen, erwägen und demgemäß handeln.

Zweck des Verbandes.

§ 3. Der Verband hat den Zweck, die geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder nach Maßgabe des 152 der Gewerbeordnung zu wahren und zu fördern durch Aufklärung und Bildung, Pflege der Solidarität und des geselligen Verkehrs, durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Beronhaltung von Bezirksräthen.

Zweck: Errichtung von Arbeitsnachweisen und Veranpaltung patriotischer Erhebungen über die Lage der am Verband beteiligten Arbeiter, sowie Gewährung von Unterstützung an reisende Mitglieder und an solche Mitglieder oder deren Frauen in Nothfällen, die durch den Tod der einen Ehehälfte herbeigeführt werden usw.

Ferner erhalten die Mitglieder Rechtschutz in Gerichtsleuten, die aus dem Arbeitsverhältnis entstehen; auch steht den Mitgliedern eine Bibliothek belehrenden Inhalts zur Verfügung und erhalten dieselben die Deutsche Arbeiter-Zeitung gratis und franco zugestellt.

Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., der wöchentliche Beitrag 15 Pf.

Kollegen! Dieses im engeren Sinne der Zweck des Verbandes. Unser Hauptaugenmerk richten wir vor Allem auf die Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntagsarbeit und Ausrottung des Normalarbeitstages. Um diese Forderungen zum Durchbruch zu bringen, bedürfen wir vor Allem einer kräftigen Organisation!

Kollegen! Jammern rächt die Entscheidung der Regierung über den Normalarbeitstag. Wahrlich, die Arbeiter haben nichts unterlassen, um den zwölfstündigen Arbeitstag für uns unschuldig zu machen.

Kollegen! Erlahmen wir nicht in der Agitation für den Normalarbeitstag! Der Normalarbeitstag ist eine gerechte Forderung und unter allen Umständen sehr gut durchführbar trotz aller Gegenbehauptungen. Mit der Durchföhrung dieser Forderung hat die Sonntagsruhe erst einen praktischen Werth für uns.

Werfen wir nur einen Blick auf unsere Nachbarländer, so finden wir, daß Deutschland betreffs der Arbeiterfrage weit hinter diesen Ländern zurück ist. Wir greifen hier ein Beispiel in England ein, welches seit 1863, während der Beschäftigung von Personen im Alter von unter 18 Jahren die Nachtzeit (von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens) verboten. In den Jahren 1858 und 1860 wurde in Irland in Folge der gewerkschaftlichen Organisation der Bäcker die Nacht- und Sonntagsarbeit der Jugendlichen bedeutend eingeschränkt. In Schweden ist seit 30 Jahren die Nachtarbeit gesetzlich verboten, und zwar ebenfalls infolge der gewerkschaftlichen Organisation der Bäckergehilfen.

In Norwegen wurde 1894 die Arbeitszeit in den Bäckereien gesetzlich beschränkt und betrug alsdann einschließlich der Pausen 12 Stunden für Erwachsene, 10 Stunden für Jugendliche. Die Nachtarbeit wurde fast gänzlich verboten.

In Paris wurde die Nachtarbeit durch Dekret vom 20. April 1871 verboten, nach dem Sturz der Kommune aber wieder eingeführt. Seit 1892 ist in Frankreich die Nachtarbeit für Gefellen und Lehrlinge unter 18 Jahren verboten, die Tagarbeit auf 10—11 Stunden beschränkt; insgesamt beträgt die Arbeitszeit 60 Stunden pro Woche.

Die Nachtarbeit ist für Jugendliche in Schweden, Finnland, Böhmen und Oesterreich verboten. In Victoria (Australien) und Amerika sind die Bäcker gut organisiert und haben sich hierdurch eminente Vortheile verschaffen gewußt, ohne daß hier die Gesetzgebung im erfindungsreichen Staat haben die Bäckergehilfen sich gegen den Achtstundentag erregten.

Kollegen und Lebensgenossen! Wir ersuchen hieraus, daß die Bäckergehilfen anderer Länder es wohl vermocht haben, mittelst ihrer Organisation ihre Lage zu verbessern. Wie sieht es mit uns hier in Deutschland? Nach jahrelanger Agitation unterseits hat die Regierung sich gemüßigt geföhlt, uns Hülfe entgegen zu bringen; aber wie sieht es mit dieser Hülfe aus? — Die Beschränkung der Sonntagsarbeit ist null und nichtig, — lange nicht die Arbeitszeit in der Woche geregelt ist. Das dürfte aber bald geschieht, dafür haben vor Allem die Kollegen Deutschlands zu sorgen.

Kollegen! Wir lassen deshalb abermals den Ruf an Euch ergehen: Tretet unserer Organisation bei; werdet Mitglieder; Ihr seid uns willkommen!

Kein Regen und Klagen wird uns helfen, sondern nur ein thatkräftiges Eintreten für unsere Forderungen, die bescheiden und gerecht sind, von dem Standpunkt ausgehend, daß Alles, was Menschenwürdig trägt, auch ein menschenwürdiges Dasein führen soll.

Kollegen! Neue Kräfte stehen heute an der Spitze der deutschen Organisation. Was in unseren Kräften steht, für das Wohl der Berliner Mitgliedschaft zu thun, soll geschehen. Wir bitten Euch, uns nach Kräften in diesem Bestreben unterstützen zu wollen, und vor Allem volles Vertrauen zu schenken.

Insbesondere Ihr Kollegen, die Ihr heute schon Mitglieder unserer neu errichteten Mitgliedschaft seid, auf Euch bauen wir unsere Hoffnungen. Ihr müßt vor Allem Pioniere und Bahnbrecher sein, damit unsere Mitgliedschaft von 100 Mitgliedern bald zu Tausend heranwacht, uns zu Ruh, unseren Gegnern zu Ehr. Ihr habt uns Euer Vertrauen geschenkt, wir vertrauen auf Euch. — Kollegen Berlin! Wir stehen nicht an zu erklären, daß in der hiesigen Bewegung von Personen Fehler begangen sind, die unsere gerechte Sache geschädigt haben. Wir wissen dieses und haben es wohl oft schmerzlich empfunden.

Kollegen! Wollt Ihr deshalb auch nur einen Augenblick zögern, in unsere Reihen einzutreten? Das hoffen wir nicht. Mit Fleiß wollen wir daran gehen, die Wunden, die geschlagen sind, wieder auszuhellen, begangene Fehler wieder auszuweichen.

Borwärts! Auf zum Kampf für unser gutes Recht. Ihr Säumigen, legt jetzt Hand mit an's Werk, kommt Alle zur nächsten Bezirks-Versammlung. Seid einig und fest, und uns ist Allen eine bessere Zukunft gesichert. Wenn alle Kollegen dies beherzigen, dann werden Zeiten kommen

Wo der Wohlstand Jedem lacht,
Und aus Geiß- und Leibeskrüppel
Lebensfrohe Menschen macht.

Mit Brudergruß

Die örtliche Verwaltung der Mitgliedschaft Berlin.

Sandhoff, Reim, Teupel, Schneider, Höpfer, Nischke.

Der erste Versuch ist bereits gemacht, der uns zwar nicht Das brachte, was wir gewünscht hatten, aber immerhin gewannen wir eine schöne Anzahl neuer Mitglieder, so z. B. in der letzten öffentlichen Versammlung 15 Mitglieder, ohne große Mühe, die alle sofort ihr Eintrittsgeld entrichteten, so daß unsere Mitgliedschaft jetzt 92 Kollegen zu ihren Mitgliedern zählt. Von dem Flugblatt, welches unter dem Titel „Was wir wollen“ in 2000 Exemplaren hergestellt wurde, sind bereits 1000 vergriffen, die noch vorhandenen sollen in nächster Zeit in noch nicht belegten Stadttheilen verbreitet werden.

Genüß ist es als ein großer Vortheil zu bezeichnen, daß wir den Mitgliedern gleich von Anfang an etwas bieten können, nämlich unsere Zeitung, die hier auf unsere Kosten per Padesahrt Jeder zugesandt bekommt. Das ist ein nicht zu unterschätzender Vortheil gegen früher, und manches eifrige Mitglied wartet schon mit Ungeduld den Sonntag ab, wo unser Blättchen herauskommt, um Kunde zu geben von den neuesten Ereignissen in unserer Bewegung. Und mit Recht kann ich heute schon sagen: Wir sind und können zufrieden sein mit unseren Fortschritten. Es ist eine Lust, mitzuarbeiten an der Spitze, wenn man sieht, es geht vorwärts. Jenen abtrünnigen Kollegen haben wir heute schon den Beweis geliefert, daß es nicht die Form der Organisation ist, die uns zum Ziele führt, sondern der Geist, der in ihr steht. Mögen sie dieses noch beherzigen und ablassen von ihrer Sonderstellung, denn sie befinden sich in einem ungeheuren Irrthum, in einem Irrthum — der monatlich M. 10—20 kostet, wofür nichts geschaffen wird. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern; wollen sie diesem Worte Rechnung tragen, dann können sie nicht auf ihrem Standpunkt verharren, sondern sie müssen wieder eintreten in den Verband, erst dann werden wir von ihnen sagen können: Sie haben begangene Fehler wieder gut gemacht.

Da ich einmal beim Schreiben bin, möchte ich gleich ein Wort verlieren über die in Aussicht genommene Verschmelzung der Blätter. Ich bin absolut dafür, daß die Verschmelzung

vorgenommen wird und zwar in allererster Linie aus finanziellen Gründen. Deshalb noch lange verschoben, ich habe die Ueberzeugung, früher oder später werden wir diesen Schritt doch thun und thun müssen. Dem Verband erwächst eine ungeheure Erleichterung in finanzieller Hinsicht, eine Erleichterung, die sich monatlich auf M. 100 belaufen dürfte, und das spricht für die Verschmelzung. Bedenke man wohl, daß den Mitgliedern ziemlich hohe Lasten auferlegt sind, indem sie hohe Beiträge abführen an die Hauptkasse, während ihnen selbst nur 40 Pf. von den Beiträgen verbleiben. Hier könnte nach der Verschmelzung gleich eine Remebur vorgenommen werden, daß den Mitgliedern mindestens 60—70 Pf. der Beiträge verbleiben. Auch der Einwand, daß das Interesse an Wesen mehr verloren, Bäcker und Müller sind so eng miteinander verbunden, daß alle schwinden wird, ist nicht stichhaltig. Die Verhältnisse der Kondition sind jetzt für die gegenseitigen Verhältnisse interessant. Dieses trifft noch mehr zu für die kleineren Städte, wo Müller, Bäcker und Konditoren stets im persönlichen Verkehr sind. Also überlege jede Mitgliedschaft dieses wohl und beschlicße demgemäß.

Literarisches.

Die Fällung der Emser Depesche. Die Emser Depesche über die Kriege gemacht werden. Von W. Liebknecht. Sechste vermehrte Auflage (72 Seiten). Preis 30 Pf. Eine sehr zeitgemäße Schrift, die Angesichts der patriotischen Gedankens der „horrenden Kriege“ von 1870 bis 1871 die weiteste Verbreitung verdient.

Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Einzel Exemplare gegen Einzahlung von 35 Pf. in Marken. W. Bräunlein & Co., Verlag Nürnberg.

Zur Beachtung für die Mitgliedschaften!

In der Nr. 8 dieses Blattes wurden die Mitgliedschaften aufgefordert, über eine Verschmelzung unseres Fachblattes mit dem Müller und Konditor: eine Urabstimmung vorzunehmen. Da nun von einigen Kollegen Anfragen an den Hauptvorstand gerichtet wurden, welche darauf schloßen lassen, daß man sich theilweise noch nicht klar darüber ist, welcher Nutzen und aus einer derartigen Verschmelzung erwächst, diene Folgendes zur Aufklärung: Es fanden schon längere Zeit Verhandlungen mit dem Vorstande des Verbandes der Konditoren statt, um die nöthigen Vorarbeiten für eine Verschmelzung der Fachblätter „Deutsche Bäckerzeitung“ und „Die Biene“ zu treffen. Bon uns wurde nach Erkundigungen in der Druderei eine Berechnung aufgestellt, nach welcher dann ein gemeinsames Blatt für beide Gewerbe in sechsseitigem Format alle 14 Tage erscheinen sollte. Die Kosten für ein derartiges Blatt wären für uns etwas geringer gewesen, als sie jetzt für unser Blatt betragen. Nun hat die Generalversammlung des Verbandes der Konditoren beschlossen, mit dem 1. August dieses Jahres die „Biene“ eingehen zu lassen und die in Altenburg erscheinende „Müllerzeitung“ als ihr Fachorgan anzuerkennen. Also die Verschmelzung dieser beiden Blätter ist mit dem 1. August vollzogen und fungirt Genosse Kappeler-Altenburg als Redakteur.

Würden wir nun uns dieser Verschmelzung anschließen, so würde das gemeinsame Blatt monatlich dreimal erscheinen. Frauen und die Unkosten, welche auf uns fallen, sich noch geringeren stellen als sie augenblicklich für die „Bäckerzeitung“ betragen. Die ganz bedeutende Mehrausgabe, welche jetzt das Fachorgan erfordert, würde dann dem Verbande zur Agitation zur Verfügung stehen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß ein gemeinsames Blatt in der Presse der erste Schritt zu einem Verband der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie wäre, den doch auch jeder organisierte Kollege erstrebt. Andererseits ist zu bedenken, daß augenblicklich, nachdem erst vor Kurzem unsere Generalversammlung sich gegen ein Zusammengehen in dieser Weise ausgesprochen, ein derartiges Zusammengehen nicht von agitatorischem Werthe für unsere Organisation sei und daß unser Verband mit der Neugefaltung der Presse, wie sie von der letzten Generalversammlung in's Werk gesetzt wurde, sehr wohl balancieren kann. Auch ist in Betracht zu ziehen, daß dann zu Korrespondenzen, Versammlungsberichten für unser Gewerbe, wenn dieses Blatt nur vierseitig erscheint, wohl zu wenig Raum bliebe. Es müßte also in größerem Format erscheinen und dann würden die Unkosten von unserer Seite wohl bald das Erreichen, was uns jetzt das Fachorgan kostet. Und als Ort des Verlags könnte nur Altenburg in Betracht kommen, denn Genoss. Böck vom Verband der Konditoren lehnte von vornherein ab, dies Blatt zu redigieren, und unserem jetzigen Redakteur ist es bei seiner geschäftlichen Stellung unmöglich, dann auch noch die Redaktionsgeschäfte zu versehen, welche ja bei einer Verschmelzung bedeutend mehr Korrespondenzen nöthig machen.

Aus allen diesen Gründen konnte sich der Vorstand nicht so sehr für die Verschmelzung erwärmen, ging aber auf den Antrag des Vorsitzenden ein, diese wichtige Angelegenheit den Mitgliedschaften zu unterbreiten und nicht eigenmächtig von der Hand zu weisen.

Sie jetzt hat nur die Mitgliedschaft Gera die Urabstimmung vorgenommen, welche gegen die Verschmelzung ausfiel.

Wir möchten die Mitgliedschaften nun ersuchen, im Laufe dieses Monats die Urabstimmung über die Frage: „Verschmelzung unseres Fachblattes mit dem der Müller und Konditoren oder nicht“ vorzunehmen und das Resultat der Abstimmung baldmöglichst an den Unterzeichneten einzusenden, damit das Resultat zusammengestellt werden kann.

Der Vorstand

des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.

Anzeigen.

Mitgliedschaft Berlin!
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, d. 13. August, Nachm. 3½ Uhr,
Neue Frickestraße 44, bei Köhlig.

Tagesordnung:
1. Regelmäßige Monatsgeschäfte.
2. Vortrag: Theorie und Praxis im Bäckergewerbe.
3. Die Verschmelzung und Fachzeitung.
4. Gewerkschaftliches.
Die Versammlung wird pünktl. eröffnet u. sind d. Mitgliedsbücher mitzubringen.
[M. 1.40] Der Vorstand.

Achtung,
Bäckergehilfen Würzburgs!
Am Mittwoch, den 21. August,
Nachm. 4 Uhr, findet in Seelig's
Restaurant („Goldner Hahn“) eine
Besond. Bäcker-Versammlung
statt, zu der wir alle Kollegen einladen.

Tagesordnung:
1. Wobuch können wir unsere elende Lage verbessern? 2. Zweck u. Nutzen der Organisation. Ref.: Kol. W. Kahl-Gera.
Kollegen, tragt dafür Sorge, daß Keiner in der Versammlung fehlt.
[M. 1.70] Der Einberufer.

In einer kleinen Stadt ist ein an
bester Lage gelegenes Hausgrund-
stück, welches sich vorzüglich zur

Bäckerei

[1,50] eignet, für M. 9000 bei geringer An-
zahlung zu verkaufen. Näheres zu
erfragen in der „Reichskrone“ zu
Paderborn (Prov. Sachsen).

Drud: Hamburger Buchdruckerei und
Verlagsanstalt
Auer & Co. in Hamburg.